

Senatsverwaltung für Justiz  
und Verbraucherschutz  
III A 9  
Telefon: 9013 (913) - 3933

Herrn Abgeordneten Jan Lehmann (SPD)  
über  
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t  
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/20599  
vom 10. Oktober 2024  
über Kürzungen im Bereich der Straffälligenhilfe

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Welche Angebote und Projekte im Rahmen der Straffälligenhilfe erhielten in diesem Jahr weniger Mittel als ursprünglich geplant?

Zu 1.: Die in der Anlage folgenden Angebote und Projekte der Straffälligenhilfe erhielten aufgrund der zu erbringenden pauschalen Minderausgaben in diesem Jahr weniger Mittel als nach dem Haushaltsplan vorgesehen.

2. Um wie viel wurden die Zuwendungen gekürzt? Weshalb jeweils?

Zu 2.: Zur Erbringung der pauschalen Minderausgaben wurden die Zuwendungen für die unter Frage 1 genannten Angebote und Projekte um die folgenden Beträge gekürzt (s. Anlage).

Mit dem Projekt „Eingliederungshilfe für Sicherungsverwahrte aus Anlass der Entlassung“ wurde noch nicht begonnen. Der im Haushaltsplan für dieses Angebot vorgesehene Betrag ist in voller Höhe in die Erbringung der pauschalen Minderausgaben eingeflossen.

Die Gründe für die Kürzungen beruhen ausschließlich auf den Vorgaben zur Erbringung der pauschalen Minderausgaben. Aus fachlicher Sicht ist die in diesen Projekten geleistete Arbeit grundsätzlich ausgesprochen wertvoll. Mit der Verteilung der Kürzungen auf mehrere Projekte und mit unterschiedlichen Anteilen sollte erreicht werden, dass alle Angebote grundsätzlich – unter Hinnahme von Einschränkungen des Angebotsumfangs – erhalten bleiben. Projekte, die der Gewaltprävention dienen, wurden weitestgehend ausgenommen.

3. Wie entwickelten sich die Zuwendungen an diese in den letzten drei Jahren?

Zu 3.: In den letzten drei Jahren haben sich die Zuwendungen für die betreffenden Projekte wie folgt entwickelt (s. Anlage).

4. Ist den Antworten vonseiten des Senats etwas hinzuzufügen?

Zu 4.: Nein.

Berlin, den 25. Oktober 2024

In Vertretung  
D. Feuerberg  
Senatsverwaltung für Justiz  
und Verbraucherschutz